Ingar Solty

WARUM, DARUM UND WIE RUM SOZIALISMUS?

Denk dir den Sozialismus
von allem befreit
was dich stört
Frage dich
wen er dann
erst recht stören würde
Niemand als der
ist und bleibt wirklich
dein Feind
(Erich Fried)

1 Warum Sozialismus?

«Why Socialism?», «Warum Sozialismus?» – so überschrieb 1949 ein deutscher Exilintellektueller einen Aufsatz, der in der allerersten Ausgabe der US-amerikanischen, sozialistischen Monatszeitschrift *Monthly Review* erschien. Der Name des Autors: Albert Einstein, Physiker, Erfinder der Relativitätstheorie und überzeugter Sozialist. In seinem Aufsatz begründete der Mann, der die Naturwissenschaften revolutioniert hatte, warum in seinen Augen die Zukunft sozialistisch sein müsse (Einstein 1949).

Vier Jahre zuvor war die fürchterlichste Katastrophe und das fürchterlichste Verbrechen in der Menschheitsgeschichte zu Ende gegangen. Der Kapitalismus war in den 1930er Jahren in seine bis dahin tiefste Krise geraten, hatte fast überall die jungen liberalen Demokratien hinweggefegt und in Deutschland faschistische Kräfte an die Macht gebracht, die gezielt auf einen neuen Weltkrieg für Besiedelungsgebiete, Rohstoff- und Absatzmärkte in Osteuropa zusteuerten. In diesem bislang fürchterlichsten Krieg der Menschheit wurden bis zu 80 Millionen Menschen getötet, die meisten von ihnen Zivilist*innen. Der Krieg war von dem Land ausgegangen, das Einstein als jüdischer Deutscher hatte verlassen müssen. Sechs Millionen jüdische Menschen waren im Verlauf dieses Krieges durch Nazideutschland industriell vernichtet worden, während der «Blitzkrieg» stockte. In der sozialistischen Sowjetunion hatte der deutsche Faschismus seinen Eroberungskrieg systematisch als Vernichtungskrieg geführt. Der deutsche «Generalplan Ost» sah die Vertreibung und Ermordung von wenigstens 30 Millionen slawischen Menschen durch Erschießung, systematisches Verhungernlassen und Vernichtung durch Zwangsarbeit vor. Allein durch die Belagerung der Stadt Leningrad starben über eine Million Menschen auf grausamste Weise. Am Ende des Krieges waren 27 Millionen Sowjetbürger*innen tot. Der Sowjetunion gelang es, den deutschen Überfall zurückzuschlagen und die Konzentrations- und Vernichtungslager in Osteuropa zu befreien. Der Eintritt der USA in den Krieg trug mit zum endgültigen Sieg der Alliierten über Nazideutschland bei. Die deutsche Zivilbevölkerung bezahlte den Krieg mit einem fürchterlichen Bombenkrieg und der Zerstörung vieler deutscher Städte (vgl. ausführlich Deppe/Salomon/Solty 2011: 27–41).

Nach dem Krieg war der Kapitalismus diskreditiert. In Fernost, in China, das unter der Besatzungspolitik des imperialistischen Japans gelitten hatte, siegte 1949 die kommunistische Revolution und breitete sich auf die koreanische Halbinsel und nach Vietnam aus. Im zerstörten Kontinentaleuropa erstarkten antikapitalistische Kräfte. In Italien und Frankreich hatte die kommunistische Weltbewegung die nationalen, antifaschistischen Befreiungsbewegungen getragen und die kommunistischen Parteien dieser beiden Länder wuchsen

zu großen Massenparteien mit immensem Einfluss auf die Bevölkerungen heran. In Großbritannien kam eine sehr linke sozialdemokratische Regierung an die Macht und schuf die Grundlagen des britischen Wohlfahrtsstaates. In Griechenland tobte zugleich ein Bürgerkrieg, in dem starke kommunistische Kräfte, die gegen die deutsche Besatzung Widerstand geleistet hatten, jetzt gegen von den USA unterstützte Rechte und Monarchist*innen kämpften. In Osteuropa hatten im Zuge des sowjetischen Vormarsches auf Berlin Sozialist*innen die Macht übernommen und konsolidiert: Ein Drittel der Welt war nun Teil der kommunistischen Weltbewegung.

Auch in Deutschland wiederum war der sozialistische Geist nach dem Krieg vorherrschend: In den westlichen Besatzungszonen orientierte sich die Hessische Landesverfassung von 1947 an einer Reihe äußerst progressiver, antikapitalistischer Verfassungen der 1930er und 1940er Jahre, darunter die Sowjetische Verfassung von 1936, die Bill of Rights des New Deal in den USA, die neue italienische und die französische Nachkriegsverfassung (vgl. ausführlich Canfora 2006: 250–282). Sie sah weitreichende Sozialisierungsmaßnahmen vor. Die antikapitalistische Stimmung war bis tief hinein in den christlichen Konservatismus spürbar, namentlich im «Ahlener Programm» der CDU von 1947. Darin heißt es: «Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein. Durch eine gemeinwirtschaftliche Ordnung soll das deutsche Volk eine Wirtschafts- und Sozialverfassung erhalten, die dem Recht und der Würde des Menschen entspricht, dem geistigen und materiellen Aufbau unseres Volkes dient und den inneren und äußeren Frieden sichert» (Zonenausschuss der CDU 1947: 15).

Erst die Forcierung des Kalten Krieges und die Einbindung des westlichen Teils von Deutschland in den US-dominierten Kapitalismus beendete die sozialistischen Bestrebungen in dem, was Historiker*innen und Sozialwissenschaftler*innen als den «erzwungenen Kapitalismus», die «verhinderte Neuordnung» und die «westdeutsche Restauration» bezeichnet haben (vgl. Schmidt 1971; Schmidt/Fichter 1978; Huster u. a. 1994; Dahn 2010: 37–44).

In Ostdeutschland hingegen wurden in der sowjetisch besetzten Zone die ökonomischen Grundlagen des Faschismus zerschlagen: Es kam zu einer Entmachtung des Großgrundbesitzes, der als adeliges Militär Hitler gestützt, an die Macht gebracht und den Vernichtungskrieg der Wehrmacht geführt hatte. «Junkerland in Bauernhand» war die Parole. Die Nazis hatten die Agrarfrage durch Siedlerkolonialismus beantwortet; die älteren Geschwister von wirtschaftlich kaum überlebensfähigen und nicht mehr teilbaren Höfen waren in den besetzten Gebieten Osteuropas angesiedelt worden («Lebensraum im Osten» für das «Volk ohne Raum»), weil die Nazis die Macht der Junker nicht angetastet hatten. Die deutschen Kriegspläne hatten zudem die Ansiedelung von vier bis zwölf Millionen weiteren Deutschen in den entvölkerten Gebieten der Sowjetunion vorgesehen. Dies änderte sich, als die mittellose Landbevölkerung endlich ohne Imperialismus an ein Stück Land kam und Grund und Boden schließlich – aus Gründen der Produktivität und des Aufbaus des Sozialismus – im Rahmen der Kollektivierung der ostdeutschen Landwirtschaft in Volkseigentum übergingen.

Zugleich wurde in der sowjetischen Besatzungszone die Großindustrie, die Hitler gestützt und vom Krieg profitiert hatte, enteignet und ebenfalls in Volkseigentum überführt.

«Das Ergebnis dieser Entwicklungen ist eine Oligarchie von privatem Kapital, dessen enorme Kraft nicht einmal von einer demokratisch organisierten politischen Gesellschaft überprüft werden kann.» (Albert Einstein)

In Sachsen stimmten im Juni 1946 in einem Volksentscheid 77,7 Prozent der Bevölkerung dafür. Die Sozialisierungen, die im Dezember 1918 während der deutschen Nachkriegsrevolution der moderat-sozialdemokratische Reichsrätekongress der «Arbeiter- und Soldatenräte» beschlossen hatte (vgl. Schütrumpf/Sonnenberg/Solty 2019) und die von den Volksmassen gestützt und gefordert worden waren und die nach dem Zweiten Weltkrieg auch das Programm der SPD in den Westzonen forderte, sie wurden jetzt wenigstens in Ostdeutschland verwirklicht (Dahn 2010: 38), wo die aus Konzentrationslagern und Exil zurückgekehrten Opfer des Nazifaschismus unter dem Schutz der UdSSR die politische Macht hatten übernehmen können.

Kurzum, die Erinnerung an den Zusammenhang zwischen dem Kapitalismus, seinen brutalen Krisen, dem Aufstieg faschistischer Kräfte und dem Zweiten Weltkrieg – also der Zusammenhang von Kapitalismus, Krise und Krieg (vgl. Gill/Solty 2013) – war tief in den Bevölkerungen der Nachkriegszeit verankert. Einstein stand also mit seiner Auffassung nicht alleine da: Der Neuaufbau nach Krise, Faschismus und Krieg könne nur sozialistisch sein. Die Formel «Sozialismus oder Barbarei», wie sie Karl Kautsky und Rosa Luxemburg vor dem Ersten Weltkrieg ausgegeben hatten, sie war zum Allgemeinplatz geworden. Die Barbarei hatte man gerade am eigenen Leib erfahren.

Ganz konkret begründete Albert Einstein (1949) seine Überzeugung damit, dass die kapitalistische Privatwirtschaft durch eine geplante, sozialistische Gemeinwirtschaft zu ersetzen sei, da im Kapitalismus «privates Kapital dazu tendiert, in wenigen Händen konzentriert zu werden – teils aufgrund der Konkurrenz zwischen den Kapitalisten und teils, weil die technologische Entwicklung und die wachsende Arbeitsteilung die Entstehung von größeren Einheiten auf Kosten der kleineren vorantreiben. Das Ergebnis dieser Entwicklungen ist eine Oligarchie von privatem Kapital, dessen enorme Kraft nicht einmal von einer demokratisch organisierten politischen Gesellschaft überprüft werden kann. Dies ist so, da die Mitglieder der gesetzgebenden Organe von politischen Parteien ausgewählt sind, die im Wesentlichen von Privatkapitalisten finanziert oder anderweitig beeinflusst werden und in der Praxis die Wähler von der Legislative trennen. Die Folge ist, dass die ‹Volksvertreter› die Interessen der unterprivilegierten Schicht der Bevölkerung nicht ausreichend schützen. Außerdem kontrollieren unter den vorhandenen Bedingungen die Privatkapitalisten zwangsläufig direkt oder indirekt die Hauptinformationsquellen (Presse, Radio, Bildung). Es ist deshalb äußerst schwierig und, für den einzelnen Bürger in den meisten Fällen fast unmöglich, objektive Schlüsse zu ziehen und in intelligenter Weise Gebrauch von seinen politischen Rechten zu machen.» Der Sozialismus war für Einstein also eine Frage der Verwirklichung einer echten Demokratie.

Die ideologische Krise des Sozialismus (1989–2007)

Die Geschichte verlief nach 1949 jedoch anders, als sich Einstein dies erhoffte. Die sozialistischen Hoffnungen und Aspirationen der Nachkriegszeit wurden im Westen durch den Übergang zum Kalten Krieg beendet. Einsteins Heimatland wurde noch im selben Jahr mit der Gründung von BRD und DDR zwei-

geteilt. Die zwei deutschen Staaten bildeten keine innerdeutsche Grenze, sondern die Außenposten zweier atomar hochgerüsteter Supermächte in der Systemkonkurrenz (vgl. Fülberth 2007). Zugleich wurde in der sowjetischen Besatzungszone und der jungen DDR alsbald auch die kurze Phase lokaler Betriebe in Arbeiterselbstverwaltung beendet, die entstanden waren, nachdem die lokalen Kapitalunternehmer*innen vor der Roten Armee und den Enteignungen mitsamt Patenten, Kundenkarteien sowie Teilen der Ingenieur*innen und Fachkräfte in die westlichen Besatzungszonen geflohen waren (Roesler 1978; Fülberth 2007: 31–46), aber auch jene alternativen Sozialismuskonzeptionen, die mit dem Namen Anton Ackermann (2005) verbunden sind.

In den späten 1960er und frühen 1970er Jahren schien der Sozialismus im Rahmen einer globalen Vorwärtsbewegung der Linken noch einmal auf einem Siegeszug zu sein. Seine drei Säulen – Arbeiterbewegung im Westen, Realsozialismus im Osten und antiimperialistisch-sozialistische Befreiungsbewegungen im globalen Süden – wirkten gestärkt, während der Westen sich in einer tiefen Krise, der Krise des fordistischen Kapitalismus, befand.

Aber das Projekt der «neoliberalen Globalisierung» seitens der herrschenden Klassen im «Westen» drängte die Linke weltweit zurück. Nach innen brach es den Gewerkschaftsbewegungen das Rückgrat, die nun in eine historische Defensive gerieten, und nach außen besiegte es die nationalen Befreiungsbewegungen im globalen Süden durch die Schuldenkrise, die diese dazu zwang, sich zu den neoliberalen Bedingungen des kreditgebenden «Westens» – Abbau von Schutzzöllen, Privatisierungen von Staatsbetrieben, Deregulierung von Märkten – in den Weltmarkt zu integrieren. Zugleich stagnierte der Realsozialismus im Osten (vgl. Deppe/Salomon/Solty 2011: 57–67).

1991 schien mit dem Zusammenbruch des realexistierenden (Staats-)Sozialismus in den Ostblockstaaten dann das Ende der sozialistischen Alternative zum Kapitalismus eingeläutet. «Das historische Potenzial des Sozialismus im Ganzen», schrieb Perry Anderson (1993: 169), «scheint so vollkommen erschöpft zu sein wie das des Liberalismus fünfzig Jahre zuvor». Die bürgerlichen Intellektuellen im «Westen» proklamierten nach 1989/90 das «Ende der Geschichte»: Jenseits von kapitalistischer Marktwirtschaft und liberaler Demokratie gebe es, so Francis Fukuyama (1992) stellvertretend in einem berühmt gewordenen Aufsatz, keine Alternativen; und in den Universitäten stimmten sogar Vertreter*innen der akademischen Linken in Anlehnung an den französischen Philosophen Jean-François Lyotard (1986) und den US-Amerikaner Richard Rorty (1989) in den herrschenden Chor mit ein, als sie das «Ende der Großen Erzählungen» postulierten, weshalb manche marxistisch orientierten Intellektuellen im Postmodernismus auch die Philosophie des neoliberalen («Spät»-)Kapitalismus erblickten (Harvey 1990: 44–46; Callinicos 2003: 11–22; Wolin 2004; Amin 2004; Sanbonmatsu 2004).

Die bürgerlichen Westintellektuellen triumphierten auf diese – für sie individuell finanziell durchaus einträgliche – Weise, obwohl die zentralen Fragen, die der Sozialismus des 19. und 20. Jahrhunderts hatte beantworten wollen, sich noch immer, ja sich vor dem Hintergrund des globalisierten Kapitalismus sogar noch stärker stellten denn je (Anderson 1993: 170; Bobbio 1994: 88–90). Dies galt insbesondere für die soziale Frage und die zunehmende Ungleichheit, die räumliche Auseinanderentwicklung marktgetriebener Gesellschaften (sowohl innerhalb der Nationalstaaten als auch zwischen kapitalistischen Zentren und Peripherien), die Demokratiefrage, den Mensch-Natur-Stoffwechsel usw. (vgl. auch Hobsbawm 1996: 558–585).

Im Bewusstsein vieler Menschen schien der Kapitalismus jedoch nun alternativlos zu sein. Der viel zu früh verstorbene britische Intellek-

tuelle Mark Fisher bezeichnete dies als «kapitalistischen Realismus» (Fisher 2013): Wir leben in einer Welt, in der es leichter ist, sich das Ende der Welt vorzustellen als ein Ende des Kapitalismus.

Die Behauptung von bürgerlich-liberalen Vordenkern wie Milton Friedman, Francis Fukuyama, Thomas L. Friedman, Samuel Huntington und anderen war es gewesen, dass der Kapitalismus – gerade in seiner Spezifik als neoliberaler Finanzmarktkapitalismus – für Stabilität, Innovation und Effizienz sorgen werde, und dass am Ende diese Überlegenheit der marktkapitalistischen Ordnung gegenüber allen anderen Ordnungen auch zur Demokratisierung führen würde (vgl. exemplarisch M. Friedman 2002: 30–45). Letztlich sei diese Überlegenheit des liberalen Kapitalismus mit repräsentativer Demokratie alternativlos. Dass die Wirtschaftsliberalen zum Schutz des kapitalistischen Privateigentums vor Sozialisierungen auch zum Bündnis mit dem Faschismus bereit gewesen waren, so wie Ludwig von Mises über den Faschismus schrieb, sein «Eingreifen» habe «für den Augenblick die europäische Gesittung gerettet» und dieses Verdienst werde «in der Geschichte ewig fortleben» (Mises 2006: 45), oder dass sie wie Milton Friedman und seine «Chicago Boys» selbst mit dem Faschismus in Chile paktierten, um hier als Laboratorium des Neoliberalismus den «freien Markt» durchzusetzen (Klein 2008: 56–152), fiel dabei unter den Tisch. Geboren war nunmehr die Ideologie der Alternativlosigkeit, die mit Margaret Thatchers Diktum «There Is No Alternative» (TINA) verknüpft ist.

Die TINA-Ideologie war dabei so durchdringend, dass sie nach 1989 auch die historische, sozialdemokratische Opposition im Westen erfasste. Die Krise des Staatssozialismus wurde zur Krise der Linken insgesamt. Aus klassischen sozialdemokratischen Parteien wurden neoliberale Parteien: New Democrats, New Labour, Neue Mitte (vgl. Candeias 2004: 329–341; Solty 2007 u. 2008; Nachtwey 2009) und ihre Schlüsselintellektuellen übernahmen die rechte Wirtschaftspolitik unter dem Stichwort einer «Vernunft […] jenseits von links und rechts» (Giddens 1997). Zurecht bezeichnete Margaret Thatcher einmal den von Anthony Giddens beratenen, smarten, neoliberalen Labour-Parteiführer Tony Blair und «New Labour» als ihren größten Sieg, denn sie hätte so den politischen «Gegner dazu gebracht, seine Haltung zu ändern» (zit. n. Burns 2008).

Die ideologische Krise des Kapitalismus (2007–2020)

Das kapitalistische Zukunftsversprechen hat sich indes mit der globalen Finanzkrise in Luft aufgelöst. Lange herrschte die Vorstellung, der Kapitalismus führe zu wirtschaftlicher und politischer Stabilität, Innovation und Effizienz. Sie ist spätestens mit der globalen Finanzkrise nach 2007 ins Wanken geraten, insbesondere im globalen Süden. Die Vorstellung wirtschaftlicher Stabilität wurde durch die konstanten, tiefen Wirtschafts- und Finanzkrisen ad absurdum geführt: Von der New Yorker Bankenkrise 1987 über die Mexikokrise 1994/95, die Asienkrise 1997/98, die Russlandkrise 1998/99, die Argentinienkrise 1998–2002 und die Dotcom-Krise 2000–2002 in den USA bis zur globalen Finanzkrise von 2007 ff. erwies sich der neoliberale Kapitalismus als ökonomisch immens instabil (Huffschmid 1999; Brenner 2002; McNally 2010). Die Bankenrettungen und die Austeritätspolitik infolge der globalen Finanzkrise erwiesen sich als äußerst unpopulär und führten weltweit zu großen Protestbewegungen (Mason 2012; Gallas u. a. 2012; Schmalz/Weinmann 2013; Candeias/Völpel 2014; Solty 2014).

Infolgedessen brach auch die Vorstellung politischer Stabilität im neoliberalen Finanzmarktkapitalismus zusammen. Die als alternativlos deklarierten und im Namen der Wettbewerbsfähigkeit durchgeführten Deregulierungen der Arbeitsmärkte und der Umbau der keynesianischen Sozialstaaten in sanktionierende Work-

fare-Strafanstalten haben Niedriglohnsektoren ausgebaut, die soziale Sicherheit erodiert und die Angst vor Erwerbslosigkeit und sozialer Deklassierung bis weit in die gesellschaftliche Mitte getragen und Entsolidarisierung mit sich gebracht (Dörre 2008). Die Durchsetzung der unpopulären Maßnahmen hat eine Krise der Legitimität und Repräsentation zur Folge: zurückgehende Wahlbeteiligung, sinkende Zustimmungswerte für die alten Volksparteien, Aufstieg von radikal rechten Parteien, aber auch neuen Linksparteien (vgl. Solty/Gill 2013; Solty 2016b; Candeias 2018). Die Zersplitterung der Parteiensysteme erschwert aber zugleich die effiziente Bearbeitung der Krisen. Ausgerechnet in dem Moment, in dem führungsstarke Parteien vonnöten wären, um auf die Krise zu reagieren (Poulantzas 1974: 75), werden die Parteien zu selbstgenügsamen Taktiermaschinen (Solty 2019e). Die liberale Demokratie gerät in die Krise und autoritäre, charismatische Führungsfiguren kommen überall auf der Welt an die Macht: Trump in den USA, Modi in Indien, Bolsonaro in Brasilien, Duterte auf den Philippinen, Kaczynski in Polen, Orbán in Ungarn usw. (Beck/Stützle 2018; Candeias 2019). Es schlägt die Stunde der «starken Männer» (Rilling 2017). Zugleich ist auch der liberale Kapitalismus selbst immer autoritärer geworden (Deppe 2013; Bruff 2014). Der Fiskalpakt in der Europäischen Union, der die Staaten auf Sozialabbau festlegt, ist hierfür das beste Beispiel und der Umgang mit Griechenland nur die Spitze des Eisbergs (Oberndorfer 2013; Ryner 2015). Die Demokratie, die doch der Marktliberalisierung auf dem Fuße folgen sollte, befindet sich auf dem Rückzug, wie auch die Neoliberalen einräumen (Kurlantzick 2013; Przeworski 2019). Der ehemalige Berater der Dritte-Weg-Sozialdemokratie in Deutschland, Wolfgang Streeck konstatiert mittlerweile das Ende des demokratischen Kapitalismus (Streeck 2016: 73–94).

Damit aber gewinnt die Frage nach der politischen Form des Kapitalismus, die Frage, warum der gegenwärtige Krisenkapitalismus eben nicht zu mehr Demokratie geführt hat, die Frage nach den «Formen bürgerlicher Herrschaft» (Kühnl 1971) und der autoritären Staatsformen im Kapitalismus (Neumann 1986) eine neue Bedeutung (vgl. Solty 2018b).

Tatsächlich glauben die Lautsprecher der liberalen Marktdemokratien von einst ihren damaligen Überzeugungen nicht mehr. Die Vorstellung, dass der Kapitalismus oligarchisch und durch den wachsenden Einfluss von Lobbys und großem Geld plutokratisch und unregierbar geworden sei, so wie auch Einstein es wahrnahm, ist epidemisch, insbesondere in den USA (vgl. Solty 2013: 68–71). Francis Fukuyama (2011) vertritt die These, dass «die US-Demokratie China nichts mehr beizubringen hat»; Thomas L. Friedman wünschte sich in der Krise, dass die USA «für einen Tag wie China» sein könnten (Friedman 2009: 429–455), also zum Zweck der effizienten Krisenbearbeitung über die gleiche Machtfülle und die gleichen Staatsmachtressourcen verfügen würden. Fast neidisch blicken die Lautsprecher des Neoliberalismus von einst auf das chinesische Einparteiensystem, das im globalen Süden wiederum zunehmend Bewunderung oder bewundernde Angst hervorruft angesichts seiner unbestrittenen, ja unbestreitbaren Entwicklungserfolge, zu denen der Aufstieg zum Hochtechnologierivalen und die Hebung von 770 Millionen Menschen aus absoluter Armut in die Einkommensmittelklassen gehört (Ding 2019: 4).

Gerade die chinesische Innovationsfähigkeit hat nun aber auch die Vorstellung von der besonderen Innovationskraft des marktlibe-

Fast neidisch blicken die Lautsprecher des Neoliberalismus von einst auf das chinesische Einparteiensystem.

ralen Kapitalismus untergraben. Schon während der Asienkrise waren gerade die Länder am wenigsten stark betroffen, die sich am stärksten dem «Washington Consensus» der Marktöffnung und des Privat-vor-Staat widersetzt hatten. Und China hat es nicht trotz, sondern wegen seines starken Staatsinterventionismus geschafft, von der Niedriglohnwerkbank der Welt zum hochtechnologischen Rivalen der USA und des «Westens» aufzusteigen (Schmalz 2018). Dies wird vor allem im globalen Süden gesehen und anerkannt und hat zu einer Krise der neoliberalen Orthodoxie geführt, so wie sie in westlichen Economics-Fachbereichen immer noch dominiert. Aber auch im Westen selbst hat der Glaube an die Innovationskraft der kapitalistischen Märkte nachgelassen, nicht zuletzt infolge einflussreicher Publikationen wie «The Entrepreneurial State» der Ökonomin Mariana Mazzucato, die nachgewiesen hat, dass alle Innovationen des digitalen Kapitalismus letztlich auf öffentliche (Forschungs-)Investitionen zurückzuführen sind, die dann vom Silicon Valley nur noch patentiert und vom Finanzkapital ausgeschlachtet wurden (Mazzucato 2013).

Der Kapitalismus befindet sich vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen heute in einer tiefen *ideologischen* Krise. Lange Zeit schien es jedoch, dass die Unzufriedenheit mit dem Krisenkapitalismus groß sei, aber es trotzdem keine Vorstellung mehr gebe, wie es denn anders sein könnte. «Die Gesellschaften, in denen wir leben», schrieb vor ein paar Jahren Axel Honneth, sind «durch einen höchst irritierenden, schwer zu erklärenden Zwiespalt geprägt» (Honneth 2017: 15). Einerseits ist «das Unbehagen über den sozioökonomischen Zustand, über die wirtschaftlichen Verhältnisse und die Arbeitsbedingungen in den letzten Jahrzehnten enorm angewachsen». Seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs haben sich wahrscheinlich «niemals so viele Menschen gleichzeitig über die sozialen und politischen Folgen empört, die mit der global entfesselten Marktökonomie des Kapitalismus einhergehen». Andererseits aber scheint «dieser massenhaften Empörung jeder normative Richtungssinn, jedes geschichtliche Gespür für ein Ziel der vorgebrachten Kritik zu fehlen, sodass sie eigentümlich stumm und nach innen gekehrt bleibt; es ist, als mangele es dem grassierenden Unbehagen an dem Vermögen, über das Bestehende hinauszudenken und einen gesellschaftlichen Zustand jenseits des Kapitalismus zu imaginieren» (ebd.).

Die globale Finanzkrise hat jedoch die Frage grundlegender Alternativen zum bestehenden neoliberalen Finanzmarktkapitalismus wieder auf die Tagesordnung gebracht. Überall im Westen spaltet sich nun die politische Landschaft entlang zugespitzter ideologischer Weltanschauungen: Der erodierende (Neo-)Liberalismus der Mitte wird von rechts durch autoritär-nationalistische, protofaschistische und realfaschistische Kräfte herausgefordert und von links von neosozialistischen und anarchistischen. In den USA etwa wird diese Polarisierung verkörpert durch den parteiübergreifenden (Neo-)Liberalismus von Hillary Clinton, Jeb Bush oder Joe Biden, der von Trump (autoritärer Konservatismus) und Sanders (Neosozialismus) herausgefordert wird. Es ist im Grunde genommen jene Repolarisierung des Politischen, die Chantal Mouffe in den letzten Jahrzehnten forderte, gleichwohl sie sich diese als ein notwendiges Antidot gegen den rechten Populismus vorstellte (Mouffe 2005: 69–76) und nach seinem Siegeszug auf einen linkspopulistischen Gegenentwurf setzt (Mouffe 2018).

Dabei artikuliert sich die Unzufriedenheit mit dem Bestehenden auf der Linken zunehmend in der Sprache des «Sozialismus», die mittlerweile sogar im «Westen» wieder Konjunktur hat, insbesondere in den jungen Generationen der Krisenländer. So stimmten im Dezember 2019 bei den Parlamentswahlen in Großbritannien die 18- bis 24-Jährigen in einer solch

überwältigenden Mehrheit für das (Re-)Sozialisierungsprogramm der Labour-Partei, dass die insgesamt siegreichen Konservativen keinen einzigen Abgeordnetensitz erhalten hätten, wenn nur diese Alterskohorte hätte wählen dürfen; und währenddessen wird der «demokratisch-sozialistische» Präsidentschaftskandidat Bernie Sanders (vgl. seinen Beitrag in dieser Broschüre) in den USA von einer breiten, vor allem jugendlichen Massenbewegung getragen, die als Alterskohorte schon seit Jahren gemäß Umfragen den «Sozialismus» dem «Kapitalismus» vorzieht (Solty 2019c). Aber nicht nur im Ausland, sondern auch in Deutschland erlebt der «Sozialismus» eine ganz konkrete ideologische Renaissance in Gestalt der neuen Eigentumsdebatten: Im Sommer 2019 führten die Kampagne «Deutsche Wohnen und Co. enteignen», die in der Hauptstadt Berlin das Ziel der (Re-)Sozialisierung der großen profitorientierten Immobilienkonzerne verfolgt, sowie die Kevin-Kühnert-Debatte zur Frage der Sozialisierung der großen Konzerne wie BMW zu einer massiven Verschiebung der Grenzen des Sagbaren und offenbarten die grundsätzliche Popularität solcher sozialistischer Maßnahmen (Nuss 2019: 9–17). Mit dem US-Dramatiker Tony Kushner gesprochen: «History […] crack[ed] wide open» (Kushner 1993: 112).

Und vor dem Hintergrund der tiefen Krisentendenzen im Kapitalismus erwarten sogar Francis Fukuyama und Jeffrey Sachs, also jener Ökonom, der die Schockprivatisierungen in der ehemaligen Sowjetunion orchestrierte und der damit unter anderem für die «russische Sterblichkeitskrise» (1992–1994) mit insgesamt sieben Millionen *premature deaths* mitverantwortlich ist (vgl. Azarova u. a. 2017), für die Zukunft eine Rückkehr des «Sozialismus»; ja, sie erwarten sie nicht nur, sondern begrüßen sie auch mehr oder weniger explizit, wenigstens im Sinne eines starken sozialdemokratischen Umverteilungsstaats (Sachs 2012; Fukuyama 2018).

Kurzum, wir werden heute Zeug*innen des Endes vom «Ende der Geschichte» und wir erleben das Ende vom «Ende der Großen Erzählungen». Der Liberalismus in der Krise hat seine Antipoden zurückgebracht: den Nationalismus und Faschismus, aber eben auch den Sozialismus als eine Perspektive der Hoffnung.

2 Darum Sozialismus!

Die Rückkehr des Sozialismus ist jedoch nicht überraschend. Der Kapitalismus befindet sich heute nicht nur in der tiefsten Krise seit den 1930er Jahren. Mehr noch: Der Kapitalismus hat in seiner kurzen 250-jährigen Industrialisierungsgeschichte die Menschheit an den Rand einer Zivilisationskrise gebracht, die das Ende der Menschheit bedeuten kann. Und genau das hatte auch Perry Anderson antizipiert, als er 1993 schrieb: «Sollte das liberale Paradigma […] greifen, lässt sich eine zukünftige Rehabilitierung des Sozialismus nicht ausschließen» (Anderson 1993: 169). Die Exzesse des Liberalismus bringen zwar nicht zwangsläufig die Totengräber des Kapitalismus hervor, zwingen aber die Gesellschaft sich gegen ihre Zerstörung durch den Liberalismus und seine entfesselten Marktkräfte zu wehren (Polanyi 2001).

Der Liberalismus hat auf die große Kapitalismuskrise und ihre sechs Dimensionen – die Krise der Ökonomie, des sozialen Zusammenhalts, der sozialen Reproduktion, der Demokratie, der Weltordnung und der Ökologie/des Klimas (vgl. hierzu ausführlich Solty 2019a) keine Antworten. Im Gegenteil, je größer diese Systemkrise sich auftürmt, umso kleinteiliger und visionsloser werden die Antworten. «In einer gesellschaftlichen Transformationsperiode genügt es jedoch nicht», wie Klaus Dörre (2019: 24) richtig bemerkt, «nur an den Symptomen herumzudoktern. Vielmehr gilt es, eine Krankheit zu besiegen und Systemfehler zu korrigieren.» Die «Alternative zu einer veränderten Gesellschaft», warnte uns schon

1994 der britische Historiker Eric Hobsbawm, «ist Finsternis» (1996: 585).

Die Visionslosigkeit des Liberalismus angesichts der Krise

Die herrschenden Liberalen reagieren indes auf die ökonomische Krise mit einem Aufschub in die Zukunft: Der Kauf von Autos wird durch Abwrackprämien oder E-Auto-Prämien angekurbelt und man zielt darauf ab, sich durch Wettbewerbsfähigkeit auf dem Rücken der Beschäftigten Vorteile gegenüber der Konkurrenz zu verschaffen (vgl. ausführlich am Beispiel der USA Solty 2013: 15–71). Das explizite Ziel ist die Expansion, beispielsweise durch die Steigerung des Exports für Automobile in die Schwellenländer und namentlich nach China, wo vor dem Hintergrund der chinesischen Erfolgsgeschichte heute die größte Mittelklasse der Welt existiert. Die ökonomische Krise soll also durch eine ökologische Klimakatastrophe bearbeitet werden (Solty 2018a).

Auf die Krise des sozialen Zusammenhalts reagiert der herrschende Liberalismus wiederum mit Tech-Optimismus oder gar nicht. Die technologischen Umwälzungen, die – wären sie demokratisch gelenkt und nicht von kapitalistischen Rationalisierungsinteressen getrieben – Befreiungspotenziale bergen könnten, weil sie die Menschheit von körperlich verschleißender oder entfremdender Arbeit befreien könnten, ereilen die Menschen im Kapitalismus als Quasi-Naturkatastrophen mit beängstigenden Potenzialen (Dyer-Witheford/Kjosen/Steinhoff 2019; Solty 2019a). Die Prekarisierungen wiederum, die aus dem Arbeitsplatzverlust die panische Angst vor gesellschaftlichem Ausschluss machen und die Grundlage für den Aufstieg des Rechtspopulismus gewesen sind (Butterwegge/Hentges 2008; Lühr 2010), gelten weiterhin als alternativlos. Damit aber sind die gesellschaftlichen Ursachen des (Prä-)Faschismus weiter virulent und entfalten ihre zerstörerische Wirkung. Der Antifaschismus der (links-)liberalen Eliten bleibt ohnmächtig, solange er die sozialen Wurzeln des (Neo-)Faschismus nicht bekämpft (Solty 2015).

Auf die Krise der sozialen Reproduktion wiederum reagiert der herrschende Liberalismus mit Eigenverantwortung: Die Erziehung und Pflege der noch nicht oder nicht mehr erwerbsfähigen Arbeitskräfte, ohne die Kapital nicht akkumulieren kann, wird an fast allen Orten der Welt zunehmend den Familien, das heißt unter Patriarchatsbedingungen vor allem Frauen, aufgebürdet; und an die Stelle gesetzlicher Rentenansprüche tritt die (Pflicht zur) private(n) Vorsorge, selbst wenn die Löhne und Gehälter das nicht hergeben, weil am Ende des Monats längst nichts mehr übrig bleibt, oder es findet die Auslagerung der Care-Krise auf billigere Pflegekräfte aus anderen Ländern statt.

Auf die Krise der Repräsentation und der Demokratie reagiert der herrschende Liberalismus selbst mit mehr Autoritarismus: mehr Überwachung, mehr Sicherheits- und Ausnahmezustandsgesetze, mehr Delegierung von Souveränitätsrechten der Bevölkerung an demokratisch nicht rechenschaftspflichtige, transnationale Formen von Staatlichkeit (wie etwa die Europäische Union, der «Fiskalpakt», Handels- und Investitionsschutzverträge wie TTIP, TPP, CETA usw. usf.).

Auf die Krise der Weltordnung und den Aufstieg Chinas reagiert der herrschende Liberalismus mit einem Wirtschaftskrieg, der militärisch flankiert wird und die Welt in einen globalen Rüstungswettlauf geführt hat. Wichtige Ressourcen zur Bekämpfung von ökonomischer, sozialer, Demokratie- und Klimakrise werden also durch Rüstung gebunden und destabilisieren als Exporte die Welt, zwingen Menschen zur Flucht vor Krieg und Gewalt, was wiederum der extremen Rechten Auftrieb verleiht (vgl. Solty 2016a: 44–54).

Schließlich reagiert der herrschende Liberalismus auf die Krise der Ökologie und des

Klimas mit «Greenwashing»-Scheinalternativen wie der individuellen E-Mobilität sowie der Schimäre eines «grünen Wachstums», obwohl die bisherigen Erfahrungen belegen, dass jede Emissionsreduktion auf dem Wege von technischen Neuerungen durch die schiere Expansionsnotwendigkeit des kapitalistischen Systems nicht nur neutralisiert worden ist, sondern das endlose Wachstum als eine *conditio sine qua non* die Senkenbelastung und den Klimawandel auf einem endlichen Planeten massiv beschleunigt hat. Denn das Problem im Kapitalismus ist nicht nur die Wachstumsrate, sondern – wie David Harvey (2017: 172–210) im Anschluss an den dritten Band des Kapitals von Karl Marx argumentiert – «die Masse des Wachstums», die sich in etwa alle Vierteljahrhundert verdoppelt.

Der realexistierende Liberalismus und der Kapitalismus, dessen weltanschauliche Verbrämung er ist, führen die Welt also an den Rand einer Katastrophe und womöglich darüber hinaus. So plakativ die Aussage des Schweizer Sozialwissenschaftlers Jean Ziegler auch sein mag, er hat Recht: «Entweder wir zerstören den Kapitalismus jetzt oder er zerstört uns» (Ziegler 2019). Sie entspringt der Einsicht, dass es keine kleinteiligen Antworten auf die multiple Krise des Kapitalismus gibt. Wir sind gezwungen, so radikal zu sein wie die Wirklichkeit. Denn, mit Erich Fried gesprochen: «Wer will, dass die Welt so bleibt, wie sie ist, der will nicht, dass sie bleibt» (Fried 1995: 87). Die Ordnung, die Friedrich Merz im Interesse seines Arbeitgebers BlackRock, dem größten Kapitalvermögensverwalter weltweit, in seinem Angriff auf Greta Thunberg und Fridays For Future verteidigt, ist keine Ordnung, sie ist das Chaos (Solty 2019d).

Albert Einstein schrieb seinen Text *nach* einer der schlimmsten Katastrophen, so wie die sozialistischen Aspirationen in Europa nach dem Ersten Weltkrieg – einschließlich der Oktoberrevolution von 1917 – *auch* das Ergebnis der «Urkatastrophe» des 20. Jahrhunderts waren. Die Frage, die wir uns stellen müssen, lautet: Muss es erst zu solchen fürchterlichen Katastrophen mit Weltkriegen und Schlimmerem kommen, bevor die Menschheit zur Einsicht kommt, dass es grundlegende Alternativen zum Bestehenden braucht? Können wir die Diskussionen um soziale, demokratische und ökologische Alternativen zum Bestehenden nicht zur Abwechslung einmal führen, bevor die Widersprüche des Kapitalismus uns in den Abgrund gestürzt haben?

[...] die Einsicht, dass es keine kleinteiligen Antworten auf die multiple Krise des Kapitalismus gibt. Wir sind gezwungen, so radikal zu sein wie die Wirklichkeit.

Das Ziel der folgenden Ausführungen versteht sich als ein Plädoyer für eine offene Debatte über grundlegend andere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen. Ihr Sinn und Zweck soll sein, die drohende Katastrophe abzuwenden. Es geht darum, über Alternativen zum Bestehenden nachzudenken, bevor die Tendenzen der Entdemokratisierung, Barbarisierung und Faschisierung in reale Barbarei und realen Faschismus umschlagen, bevor die Vorbereitungen auf neue Weltkriege im Rahmen des globalen Rüstungswettlaufs in reale Weltkriege umschlagen und bevor die längst begonnene Klimakrise in eine wahre Klimaapokalypse mündet.

Die andere Ordnung lässt sich hierbei auch heute nicht anders bezeichnen denn als Sozialismus. Aber nach den historischen Erfahrungen des Sozialismus und im Rahmen der gewaltigen Veränderungen im und mit dem globalen Kapitalismus muss «Sozialismus» mit neuem Inhalt und neuem Leben gefüllt

werden. Er muss aus den historischen Fehlern seiner Geschichte lernen. Er wird auch nicht aufhören dürfen, die Verbrechen zu benennen, die in seinem Namen begangen wurden, so wie auch Liberalismus und Konservatismus sich mit ihrer eigenen Geschichte auseinanderzusetzen haben (vgl. Losurdo 2011). Der Sozialismus von morgen wird darüber hinaus auf der Höhe der Zeit gedacht werden müssen. Und er muss von den Menschen gemeinsam ersonnen, aufgebaut, entwickelt und ständig verbessert werden, denn er wird demokratisch oder gar nicht sein.

3 Wie rum Sozialismus?

Der Sozialismus wird gelegentlich unterschiedlich verstanden: Handelt es sich beim Sozialismus um eine scharf umrissene wirtschaftliche und gesellschaftliche (Neu-)Ordnung? Oder bezeichnet der Sozialismus die Bewegung, die eine alternative Gesellschaft jenseits des Kapitalismus anstrebt? Beide Vorstellungen existieren (Fülberth 2010).

Klar ist, dass der Sozialismus nicht am Reißbrett entworfen werden kann. In der Geschichte des politischen Denkens haben immer wieder Intellektuelle den «idealen Staat» entworfen: Thomas Morus sein «Utopia» (1516), Tommaso Campanella den «Sonnenstaat» (1602), Francis Bacon «Neu-Atlantis» (1627). Im ausgehenden 18. und frühen 19. Jahrhundert kamen die alternativen Gesellschaftsentwürfe der Frühsozialisten von Gracchus Babeuf, Charles Fourier, Henri de Saint-Simon, Pierre-Joseph Proudhon, Robert Owen und anderen dazu. Sie krankten jedoch zumeist an dem Gegensatz zwischen Sollen und Sein, wie er die idealistische Denktradition historisch kennzeichnet.

Das revolutionäre an den Ideen von Karl Marx und Friedrich Engels war, dass sie mit der dialektisch-materialistischen Methode die geschichtlichen Bewegungsgesetze und ihre entgegenwirkenden Ursachen zu identifizieren suchten und den Sozialismus (und Kommunismus) aus der realen Geschichte selbst entwickelten. Darin unterscheide sich, so Friedrich Engels, ihr wissenschaftlicher Sozialismus vom utopischen ihrer Vorgänger (MEW 19). Und dies macht auch das spezifisch Demokratische am Sozialismus im Gegensatz zu seiner utopischen Variante aus (vgl. Sunkara 2019: 46 f.).

Der Kapitalismus schaffe, so Marx und Engels, mit seinen Tendenzgesetzen wie dem allgemeinen Gesetz der kapitalistischen Konkurrenz und der Akkumulation die Bedingungen für eine sozialistische Gesellschaft, weil er in der Tendenz Kapital zunehmend in den Händen immer weniger Personen (und später Aktiengesellschaften) konzentriere und zentralisiere. Diese Monopolisierungstendenz, die Schaffung immer größerer Einheiten von Kapital, lege aber die Grundlage für die Vergesellschaftung, die Überführung dieser Großkonzerne in Gemeinschaftseigentum. Der Sozialismus sei nicht die Enteignung der selbständigen Produzent*innen; die größte Enteignungsmaschine sei der Kapitalismus selbst. Dabei sei es die historische Mission des Kapitalismus, die Reichtümer zu schaffen, die als Grundlage für die Entfaltung der Freiheitspotenziale in der Gesellschaft dienen: radikale Arbeitszeitverkürzungen, ein Reich der Freiheit mit mehr Zeit für das, was uns erst zu Menschen macht, mehr Zeit, um Freund*innen zu treffen, ein Instrument oder noch eine Fremdsprache zu erlernen, mehr Zeit für aktive Kulturproduktion, mehr Zeit für gesellschaftliches Leben usw. (vgl. hierzu ausführlich Solty 2020; Dath 2008: 81–94; Ringger 2011: 119–133; Haug 2011). Der Sozialismus stehe dabei auf der Tagesordnung, wenn in den großen Kapitalismuskrisen paradoxerweise gerade die Reichtümer, das anlagesuchende Überschusskapital usw. drohen, den Kapitalismus in die Barbarei zu stürzen. Die kapitalistischen Bewegungsgesetze schüfen dabei allerdings nur die objektiven Bedingungen für eine sozialistische Umgestaltung; der Umschlag der

kapitalistischen Produktions- in Destruktionskräfte müsse durch konkretes antikapitalistisches Handeln bewerkstelligt werden. Der Kapitalismus breche in seinen Krisen nicht von alleine zusammen, sondern er müsse durch eine Bewegung der lohnabhängigen Arbeiterklasse überwunden werden (vgl. Harvey 2010: 260). Denn denkbar sei auch der «gemeinsame Untergang der kämpfenden Klassen», wie es im «Manifest der Kommunistischen Partei» heißt (MEW 4: 462; Sweezy 2000).

Lange gingen Marx und Engels davon aus, dass der Sozialismus dort verwirklicht werden würde, wo die kapitalistische Entwicklung am weitesten fortgeschritten ist, also in England, den USA oder Deutschland. Erst gegen Ende ihres Lebens erkannten Marx und Engels, dass der Sozialismus manchmal dort siegt, wo in der Peripherie des internationalisierten Kapitalismus Gesellschaften in Abhängigkeit von den reichen Zentren existieren und die Verteilungsspielräume zur Befriedung der Bevölkerung geringer sind. Historisch gelangen die sozialistischen Revolutionen in solchen abhängigen, unterentwickelten und mehrheitlich noch bäuerlich-agrarisch geprägten Ländern: in Russland 1917, in China 1949, in Kuba 1959 usw., also eigentlich dort, wo die Bedingungen für die Verwirklichung des Sozialismus eher denkbar schlecht waren (Kossok 2016), insofern diese Länder die Industrialisierung – als Voraussetzung ihrer Befreiung von der imperialistischen Ausbeutung durch die kapitalistischen Zentren – unter schwierigsten Bedingungen und mit viel gesellschaftlichem Leid noch nachzuholen hatten. Lenin (1916: 268) argumentierte darum, dass sozialistisch-revolutionäre Situationen eben dort entstünden, wo die imperialistische «Kette» der Abhängigkeit ihr schwächstes Glied habe. Die Tatsache, dass während der Eurokrise ausgerechnet in Griechenland die sozialistische Linke im Januar 2015 an die Macht kam, unterstreicht das (vgl. Sablowski 2015); und trotzdem sollte daraus kein allgemeines Weltgesetz gemacht werden, denn auch in den kapitalistischen Zentren wie in den USA und Großbritannien waren in den letzten Jahren die Perspektiven einer Regierungsübernahme von Kräften mit durchaus radikalen und teilweise sozialistischen Forderungen denkbar, die wiederum die Spielräume andernorts massiv erweitern würden (Panitch/Gindin 2018: 55 f.).

Entscheidend ist die Erkenntnis, dass vor diesem Hintergrund der Realgeschichte im ständigen Fluss sich Sozialismus nicht am Reißbrett entwerfen lässt. Es war diese Erkenntnis, die Marx und Engels dazu brachte, jedem Versuch, die sozialistische Gesellschaft im Detail auszumalen, Skepsis entgegenzubringen. Auch heute können sich diejenigen, die den Sozialismus als Alternative zum Kapitalismus anstreben, die Bedingungen nicht aussuchen, unter denen eine solche Transformation vonstattengehen wird.

In der sozialistischen Arbeiterbewegung, die sich auf die Ideen von Marx und Engels stützte, waren fertige Sozialismusvorstellungen aus den genannten Gründen daher selten. Die konkrete Ausgestaltung des Sozialismus wird vom Stand der Entwicklung, den inneren und den äußeren Kräfteverhältnissen abhängen. Ein «Sozialismus in einem Land», so wie ihn Stalin nach dem Scheitern der sozialistischen Revolutionen im Westen um 1923 und nach dem Tod Lenins 1924 erklärte, könne es letztlich nicht geben. Die kapitalistischen Staaten würden alle ihnen zur Verfügung stehenden Machtressourcen einsetzen, um den Sozialismus zu Fall zu bringen, so wie sich die herrschenden Klassen Frankreichs und Deutschlands etwa 1871 verbündeten, um die «Pariser Kommune» militärisch niederzuschlagen, so wie kapitalistische Staaten nach 1917 und dann 1941 die Sowjetunion in einem «Kreuzzug» überfielen (vgl. Mayer 1989), so wie die USA und der kapitalistische Westen weltweit Militärputsche und Massenmorde gegen demokratisch-gewählte sozialistische Regierun-

gen und kommunistische Bewegungen unterstützten, vom Iran 1953 über Indonesien 1965/66 bis Chile 1973, oder die Führer sozialistischer Revolutionen zu ermorden suchten, wie Fidel Castro in Kuba nach 1959 oder Thomas Sankara 1987 in Burkina Faso. Die Wahrheit ist also immer konkret. Die sozialistische Bewegung handelt im konkreten historischen Kontext und unter Bedingungen, die sie sich nicht selbst ausgesucht hat.

Die Ordnung

Nichtsdestotrotz bezeichnet der Sozialismus auch eine klar umrissene Ordnung und Vorstellung von einer Neueinrichtung von Wirtschaft und Gesellschaft. Unter Sozialismus begreift man gemeinhin eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln überwindet und diese Produktionsmittel vergesellschaftet, das heißt in Gemein- und Volkseigentum überführt.

In Deutschland war der Sozialisierungsgedanke, wie eingangs geschildert, nach den Katastrophen des Kapitalismus immer wieder beliebt und massenwirksam. Das Volkseigentum in der DDR wurde bekanntermaßen nach 1990 durch die Treuhand privatisiert und Ostdeutschland bekam mit dem Beitritt zur BRD deren Eigentumsordnung übergestülpt (vgl. Köhler 2011; Dahn 2019: 35–44). Eine Wiedervereinigung auf der Grundlage einer neuen Verfassung fand 1990 nicht statt. Darum gilt für beide früheren deutschen Staaten weiterhin das Grundgesetz, das eigentlich nur bis zu einer etwaigen «Wiedervereinigung» Geltung hätte haben sollen. Für dieses Grundgesetz hat der Marburger Verfassungsrechtler und Politikwissenschaftler Wolfgang Abendroth in seiner Debatte mit Ernst Forsthoff, einem Ex-Nazi, die These des verfassungsgemäßen Weges zum Sozialismus untermauert. Das Grundgesetz, insbesondere Artikel 14 und 15, erlauben den Übergang zu einer alternativen Gemeinwirtschaftsordnung (vgl. Abendroth 1954; Forsthoff 1968), weshalb die FDP im Zuge der Enteignungsdiskussion in Deutschland auch den Testballon ihrer Abschaffung steigen ließ, vergeblich. Aber nur weil es legal wäre, beantwortet dies die Frage nicht, wie ein solcher Übergang aussehen könnte.

Die Frage ist natürlich, was bei der heutigen Renaissance des Sozialismus darunter verstanden wird? Die Sozialismusvorstellungen teilen die Kritik am Kapitalismus, variieren aber häufig stark. Manchmal heißt es, dass viele US-Amerikaner*innen unter Sozialismus nur ein skandinavisches Wohlfahrtsstaatsmodell verstehen, also ein System mit starker Umverteilung, hohem öffentlichen Investitionsanteil, hoher Gewerkschaftsdichte, kostenloser Bildung und Krankenversicherung und einem starken sozialen Netz mit Versicherungssystemen für Arbeitslosigkeit, Arbeitsunfähigkeit und Alter (Solty 2016c). In China wiederum wird unter dem «Sozialismus chinesischer Prägung» eine Mischwirtschaft verstanden, bei der der Staat die Kontrolle über das Geld/die Währung und die Zinssätze innehat, das Staatseigentum an Grund und Boden sowie an einem großen Teil der Unternehmen vorherrscht, aber ansonsten zugleich marktwirtschaftliche Prinzipien beibehalten werden. Kritiker*innen erkennen hierbei die fraglos offensichtlichen Errungenschaften in Entwicklung und Armutsbekämpfung an, werfen aber die Frage auf, wie einmal entfesselte Marktkräfte und soziale Vermögensungleichheit wieder eingefangen werden sollen (Cohen 2010: 65).

Die Vielfalt der zeitgenössischen Sozialismusvorstellungen ist heute jedoch nicht unbedingt ein Nachteil. Wir befinden uns heute erst am Anfang einer Wiedergeburt des Sozialismus als Alternative zum Kapitalismus und am Anfang einer entsprechenden Debatte und Wiederaneignung sozialistischer Theorie(n) und Konzeption(en). Hierzu gehört auch die Frage, wer eigentlich Eigentümer im Sozialismus ist oder sein soll (Brie 1990): Welche Eigentums-

formen auf welcher Stufe der gesellschaftlichen Entwicklungen sind sinnvoll? Wie soll das Verhältnis von Staatseigentum, Betrieben in Arbeiterselbstverwaltung (Genossenschaften) und privatem Eigentum gedacht werden? Braucht es Formen des Marktes innerhalb einer sozialistischen Gemeinwirtschaft? Oder erlauben der technologische Fortschritt, erlauben die Computerisierung und Big Data heute eine zentrale Planung der Gesamtwirtschaft in einer Weise, die für die staatssozialistischen Länder des 20. Jahrhunderts noch undenkbar war? Haben wir heute also die technischen Voraussetzungen, das sozialistische Kalkulationsproblem zu lösen, das Ludwig von Mises, der neoliberale Ökonom der Österreichischen Schule, in den 1920er Jahren gegen die sowjetische Wirtschaft vorbrachte? Besteht die Option auf eine kybernetische Planung jenseits des Marktes? Die Antworten dürften von Nation zu Nation, Region zu Region vor dem Hintergrund ihrer spezifischen Entwicklungsstände und historisch gewachsenen Kulturen durchaus verschieden sein. Zweifellos werden unterschiedliche Modelle entstehen, die miteinander kooperieren. Die entscheidende Frage heute ist, ob man hierfür das herstellen kann, was Michael Brie – im Hinblick auf China – als einen gemeinsamen Diskussionsraum für die dringlichen Zukunftsfragen nennt, der von der grundsätzlichen Anerkennung der Tatsache ausgeht, dass es grundsätzlich unterschiedliche Wege zum Ziel geben kann.

Die Produktion im Sozialismus

Wer über Sozialismus diskutieren will, der muss zunächst einmal die Frage nach der Neuorganisation der Produktion klären. Hier gibt es ein breites Spektrum von Sozialismuskonzeptionen, die zu reevaluieren wären. Dies beginnt mit klassisch-sozialdemokratischen Vorstellungen von Sozialismus, die im Zentrum auf «Wirtschaftsdemokratie» hinauslaufen. Bernie Sanders' Konzeptionen (vgl. den Beitrag in dieser Broschüre) entsprechen letztlich diesem Modell. Es beruht auf der Kombination von einer Wiederauflage der Arbeitnehmerfonds des schwedischen Gewerkschaftsökonomen Rudolf Meidner und gewerkschaftlicher Mitbestimmungsmodelle, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg in Westdeutschland eingeführt wurden. Die neuen Meidnerfonds sind dabei das radikale Moment, das bei Sanders über den Kapitalismus hinausweist. Die Idee Meidners war es, dass die Lohnabhängigen in den kapitalistischen Privatbetrieben als wesentliche Teile ihres Lohns Aktienanteile der Unternehmen erhalten, in denen sie arbeiten. Die Grundvorstellung ist, dass die Beschäftigten damit über kurz oder lang Eigentümer*innen der Unternehmen werden, in denen sie arbeiten. Die Rentenfonds würden dabei von den Gewerkschaften kontrolliert. Die kapitalistischen Eigentümer würden so über kurz oder lang überflüssig. Die ehemaligen kapitalistischen Privatbetriebe gehen so in Arbeiterselbstverwaltung über. Zugleich aber – und das ist die Frage, ob das wünschenswert ist – würde der Markt erhalten bleiben, denn die Genossenschaftsbetriebe würden so weiterhin auf dem Weltmarkt konkurrieren und der Weltmarktkonkurrenz unterworfen sein, solange diese besteht.

Wer über Sozialismus diskutieren will, der muss zunächst die Frage nach der Neuorganisation der Produktion klären. Hier gibt es ein breites Spektrum von Sozialismuskonzeptionen.

Weitreichender und potenziell komplementär zu Sanders' Ansatz sind jene Ansätze, die die Hilferding'schen Sozialismuskonzeptionen auf die Gegenwart übertragen. Rudolf Hilferding war ein sozialdemokratischer Politiker und Theoretiker und entwarf im Auftrag der Arbeiter- und Soldatenräte auf dem

Reichsrätekongress 1918 das Konzept einer Demokratisierung der Gesellschaft durch eine «gemischte Wirtschaft». Hilferdings Vorstellung war, dass die Gesellschaft die Kontrolle über die Investitionen erlangen müsse. Dazu müsse man die «reifen Industrien» identifizieren, also diejenigen Wirtschaftsbereiche, deren Verbleib in privater Hand besonderen gesellschaftlichen Schaden anrichte. Seinerzeit dachte Hilferding, dass die Gesellschaft die Kontrolle über die Investitionen dadurch erziele, indem sie die Montanindustrien (Kohle und Stahl) verstaatliche. Durch die gezielte Vergabe von Kohle und Stahl an die (weiterverarbeitenden) Industriebetriebe zu nicht marktvermittelten Preisen könne die Gesellschaft steuern, was gesellschaftlich nützliche Investitionen seien und was nicht. Letztlich lenke die Gesellschaft damit über den Staat ihre weitere Entwicklung (Hilferding 2018).

Hilferdings Konzept wäre heute auf die Bedingungen des transnationalisierten Finanzmarktkapitalismus zu übertragen und neu zu durchdenken. Diskutiert werden müsste, wie es einer demokratischen Gesellschaft gelingt, die gesellschaftlich notwendigen Investitionen zur Bearbeitung der Klimakrise in die Wege zu leiten. Was wären heute eigentlich die reifen Industrien? Es scheint so, dass die Montanindustrie von damals die heutige Finanzindustrie ist. Die Krise von 2007 ff., als die Großbanken mit Steuergeldern gerettet wurden, um eine finanzielle Kernschmelze zu verhindern, war faktisch eine verpasste Chance. Der Staat hätte diese Banken – als reife Industrien – in öffentliche Dienstleistungsunternehmen verwandeln müssen, um die Kontrolle über die Autoindustrie zu erlangen. So könnte etwa der Produktion von (profitträchtigeren) Geländefahrzeugen (SUVs) und überhaupt der Produktion für einen nicht nachhaltigen Individualverkehr entgegengewirkt werden und die Konversion der Autoindustrie in Richtung umweltverträglicher Mobilitätskonzepte vorangetrieben werden (vgl. Albo/Gindin/Panitch 2010: 109–114; Wright 2019: 77 f.).

Die Sozialismuskonzeptionen der «Wirtschaftsdemokratie» und der «Hilferding 2.0»-Ansatz gehören zum klassischen ideologischen Unterbau sozialdemokratischer Parteien vor ihrer neoliberalen Wende. Darüber hinaus gehen wiederum Sozialismuskonzeptionen, die auf demokratische Planung oder kybernetischen Sozialismus abheben.

Der kybernetische Sozialismus geht von der Annahme aus, dass die Kritik von Ludwig von Mises an dem sowjetischen Wirtschaftsmodell durchaus plausibel war. Mises hatte 1920 in seinem Aufsatz «Economic Calculation in the Socialist Commonwealth» kritisiert, dass sozialistische Wirtschaft nicht effizient sein könne, weil eine effiziente Produktionsweise auf sehr verschiedenen Zusammensetzungen der Produktionsfaktoren Arbeitskraft, Technologieeinsatz etc. beruhe. Sie könne darum mit der kapitalistischen Marktwirtschaft und seiner mutmaßlichen effizienten Allokation von Produktionsfaktoren nicht konkurrieren (Mises 1981: 110–123). Nun funktioniert die reale Welt nicht, wie sich dies die mathematisierten, enthistorisierten Rechenmodelle der neoklassischen Orthodoxie vorstellen. Der konkrete Mensch verhält sich nicht wie ein atomisierter Produktionsfaktor und zieht beispielsweise nicht jedem Job hinterher usw., und die Umwelt und auch das Geld sind ebenfalls keine, beziehungsweise fiktive Waren (vgl. Polanyi 2001: 75–80). Die Menschen leben in einer konkreten Gesellschaft von Institutionen und einem empfindlichen Ökosystem. Auch deshalb tendiert der kapitalistische Markt nicht zum Gleichgewicht und zu einer «spontanen Ordnung» (Hayek 1991: 83–85), sondern zum genauen Gegenteil: Ungleichgewicht und marktanarchischem Chaos.

Trotzdem konzedieren Vertreter*innen des Rechnersozialismus, dass das sozialistische Kalkulationsproblem real war. Heute hingegen ermöglichen es Computer, die effiziente

Produktion derjenigen Gebrauchsgüter, die die Gesellschaft auf demokratischem Weg als für sich notwendig entschieden hat, zu bewerkstelligen. Heutige Rechnersysteme seien in der Lage, weit über 100 Millionen Bedarfsgüter effizient zu planen. Die technischen Voraussetzungen für die demokratisch abgestimmte Planung der Produktion gesellschaftlich sinnvoller und nachhaltiger Güter seien gegeben (Cockshott/Cottrell 1993).
In diesem Spektrum zwischen Sanders'scher Wirtschaftsdemokratie, sozialistischer Marktwirtschaft, gemischter Wirtschaft, demokratischer Planung und Rechnersozialismus dürfte sich die heutige Sozialismusdiskussion zukünftig bewegen. Zu bedenken sind dabei allerdings wichtige Grenzen beziehungsweise Problemstellungen sozialistischer Politik, solange das kapitalistische Eigentum an den Produktionsmitteln nicht angetastet wird. Jede neue Sozialismusdiskussion muss sich mit diesen Herausforderungen auseinandersetzen.

Die fünf Problemstellungen der Sozialismusdiskussion heute

Die erste Grenze und Problemstellung ist jene von Redistribution und Regulation, die vor allem Konzeptionen betrifft, die unter «Sozialismus» eher die skandinavischen Sozialstaatsmodelle meinen, also eher linkssozialdemokratische Modelle. Unter den Bedingungen des kapitalistischen Privateigentums an den Produktionsmitteln wird nicht nur nach den Bedingungen der «Anarchie des Marktes» produziert, sondern es bestehen auch Grenzen, inwieweit das «Recht auf den vollen Arbeitsertrag» (Menger 1891) organisiert werden kann. Denn solange das Privateigentum nicht angetastet wird, bleibt die private Aneignung eines Teils der von den Lohnabhängigen geschaffenen Wertes (der Mehrwert) erhalten. Zugleich stoßen diese Modelle an die Grenzen der privaten Verfügung über das Kapital, das sich der gesellschaftlichen Kontrolle (nicht zuletzt durch eine gewisse Flexibilität bei der Kapitalverlagerung) entziehen kann. «Sozialismus«-Konzeptionen, die – wie die von Bernie Sanders – also sehr stark auf Umverteilungskonzepte wie Abschöpfung von Großvermögen durch Vermögenssteuern, nationale Jobgarantien, öffentliche Investitionen etc. und auf Regulierungskonzepte, wie Kündigungsschutzmaßnahmen am Arbeitsplatz etc. setzen, müssen sich also irgendwann auch der Frage stellen, wie diese strukturelle Macht des Kapitals gebrochen werden kann (vgl. Solty 2019a u. 2019f).
Die zweite Problemstellung ist die Grenze des kapitalistischen Wachstums auf einem endlichen Planeten. So radikal wie etwa Bernie Sanders' Meidnerfonds-Sozialismus klingt, stößt er doch irgendwann auf die Frage, wie Postwachstum organisiert werden kann. Auch Großunternehmen in Arbeiterselbstverwaltung unterliegen der kapitalistischen Weltmarktkonkurrenz. Es gibt zwar keinen Mehrwert, der von privaten Kapitaleigentümer*innen als Profit angeeignet wird. Aber um den Beschäftigten der «Genossenschaft» einen guten Lebensstandard zu gewährleisten, müssen auch diese Betriebe auf dem (Welt-)Markt konkurrieren und wachsen.
Dabei muss sich diese Sozialismusdiskussion auch mit der *dritten Grenze und Problemstellung* auseinandersetzen. Diese dritte Grenze ist, dass die Genossenschaften, anders als von John Holloway (2002) und anderen gedacht, kein Weg zum Sozialismus sind und sich auch nicht als Strategie eignen, den Kapitalismus langsam zu überwinden, weil der Kapitalismus historisch stets mit diesen nicht kapitalistischen (und weiterhin Weltmarktzwängen ausgesetzten) Eigentumsstrukturen parallel existierte und diese historisch immer wieder landgenommen hat, das heißt in das kapitalistische System reintegrierte (Röttger 2010; Novaes/Dagnino 2011).

Die vierte Grenze und Problemstellung ist schließlich die Frage der Transnationalisierung. Marx und Engels identifizierten das kapitalistische Akkumulations- und Konkurrenzgesetz als Vehikel des Sozialismus, weil sie die Enteignung des kleinen Eigentums durch immer größere Kapitalien forcierten. Der Handwerker wurde durch den Industriebetrieb, der kleine Industriebetrieb durch den großen Konzern ersetzt, die Kleinbäuerin durch den Agrarkonzern, der kleine Ladenbesitzer durch das Kaufhaus, das Kaufhaus durch den Online-Handelsmonopolisten. Die anarchische Konkurrenz der Kleineigentümer*innen untereinander wurde also durch die zentrale Planung innerhalb von kapitalistischen Oligopolen und Monopolen ersetzt. Sozialismus bedeutet schließlich auch die Demokratisierung der Wirtschaft durch Überführung dieser privaten Planung in zentrale, demokratische Planung. Der Kapitalismus hat sich jedoch seit der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts transnationalisiert. Die Wertschöpfungsketten sind – in transnationalen Konzernen – eben transnationale (Panitch/Gindin 2012). Der Kapitalismus ist aber nach wie vor nationalstaatlich organisiert und die Formen transnationaler Staatlichkeit, wo sie wie etwa in der Europäischen Union existieren, sind hochgradig undemokratisch und eher Vehikel von Konzerninteressen als Terrains demokratischer Kontrolle und Willensbildung (vgl. Apeldoorn 2000; Bieling 2006; Greenwood 2017). Die zentrale Frage ist also, wie Sozialismus unter diesen Bedingungen der Weltvergesellschaftung gedacht werden kann: Wird ein zukünftiger Sozialismus Formen der Weltstaatlichkeit entwickeln (müssen)? Werden die transnationalen Konzerne auf dem Weg von Meidnerfonds oder anderen Konzepten in transnationale Arbeiterselbstverwaltung überführt werden müssen? Sind vorhandene Konzepte und Praxen des gewerkschaftlichen Organisierens entlang der transnationalisierten Wertschöpfungsketten möglicherweise bereits Keimformen für einen solchen transnationalisierten Sozialismus? Und welche komplementären Maßnahmen in Richtung Weltstaatlichkeit müsste es geben, die diese – nach innen demokratisierten – transnationalisierten Genossenschaften auch von außen, weltgesellschaftlich kontrollieren?

Die fünfte Grenze und Problemstellung für einen Sozialismus im 21. Jahrhundert ist schließlich die der natürlichen Monopole im digitalen Kapitalismus und der damit verbundenen Marktmacht. Die klassische Vorstellung der institutionellen politischen Ökonomie (John Stuart Mill, Max Weber, John M. Keynes, Kenneth Galbraith, Joseph Stiglitz, Paul Krugman), aber auch des deutschen Ordoliberalismus war es, im Gegensatz zum Marxismus, dass man die Monopolisierungstendenz durch Zerschlagung/Entflechtung der großen Monopole bewerkstelligen könne. Die Antwort vieler solcher Ökonom*innen und Politiker*innen auf die Erpressung der Nationalstaaten durch die «systemrelevanten» Banken war etwa «Zerschlagt die Banken!». Dabei führte die Krise realiter zu noch mehr Konzentration und «Systemrelevanz», weshalb marxistische Ökonom*innen auch die Formel aufstellten: «too big to fail = too big to be private» (Brenner 2009).

Mit der Digitalisierung, der «Vierten Industriellen Revolution», sind heute kapitalistische Plattformen entstanden, die ganz besondere Monopole sind. Die Plattformen funktionieren wie natürliche, ja, Plattform-Monopole und bilden damit eine besondere Herausfor-

Zugleich geht es in der Sozialismusfrage nicht nur um die Frage der Umgestaltung der Produktionsweise, sondern auch der Lebensweise.

derung: Wenn etwa bei Amazon-Marketplace, Facebook, WhatsApp, Twitter oder Google der Sinn und Zweck darin besteht, so viele Menschen und tendenziell alle Erdbewohner*innen zu verbinden und zu vernetzen, dann braucht es letztlich auch nur einen dieser Anbieter auf der Welt. Bernie Sanders' Vorschlag einer Zerschlagung der großen Plattformen oder Jeremy Corbyns Vorschlag der Gründung eines öffentlichen britischen Facebook sind darum falsche Alternativen, die am Problem vorbeizielen. Die Forderung nach einer Sozialisierung der Datenzentren ist darum richtig und entscheidend (Morozov 2015; Morozov/Bria 2017). Letztlich ist jedoch die Frage der Sozialisierung dieser natürlichen, tendenziell globalen Monopole verknüpft mit der Frage, wie ihre transnationale demokratische Kontrolle bewerkstelligt werden kann, solange es noch keinen Weltstaat gibt; und auch die Frage, wie diese weltstaatliche Kontrolle in einer Weise radikal demokratisch sein kann, dass ein weltstaatlicher Missbrauch der Daten ausgeschlossen werden kann.

Essen – wohnen – caring

Im Sozialismus des 21. Jahrhunderts wird jedoch nicht nur die Produktionsweise von Industriegütern umgestaltet, sondern auch die von Lebensmitteln. Wie gesellschaftlich sinnvoll ist die heutige transnationalisierte Lebensmittelproduktion, die etwa im Winter Blaubeeren aus Peru und Himbeeren aus Marokko nach Deutschland transportiert. Auch diese Frage kann hier nur angerissen werden. Die Diskussion wird sich jedoch mit Fragen der Dezentralisierung der landwirtschaftlichen Wirtschaftskreisläufe befassen müssen. Anders als im Hinblick auf die Digitalplattformen scheint hier die Auflösung von transnationalisierten Agrarkonzernen eine sinnvolle Maßnahme zu sein. Im globalen Süden, insbesondere auf dem afrikanischen Kontinent, wird die Frage der Dezentralisierung sicherlich im Kontext einer Reagrarisierung (Banchirigah/Hilson 2010) und eines – wenigstens zeitweiligen – «Delinking» von den kapitalistischen Zentren (EU, USA) stattfinden (Amin 1990; Bello 2005: 59–70).

Zugleich geht es in der Sozialismusfrage nicht nur um die Frage der Umgestaltung der Produktionsweise, sondern auch der Lebensweise. Die Frage ist etwa, welche Formen von Eigentum beispielsweise in den Wohnverhältnissen sinnvoll sind. Das Spektrum der Diskussion in Deutschland scheint sich hierbei vom Modell der (Re-)Kommunalisierung der großen Immobilienkonzerne («Deutsche Wohnen und Co. enteignen»), bei dem der Staat die Aufgabe erfüllt, günstigen Wohnraum für alle bereitzustellen, und den Vorschlägen von Kevin Kühnert zu erstrecken, der es grundsätzlich ablehnt, dass Menschen mehr Wohnraum besitzen als den, den sie für sich privat brauchen, dass es also abzulehnen sei, dass Menschen durch die Vermietung von Wohnraum an andere sich letztlich deren Arbeitseinkommen leistungslos aneignen. Im Grunde genommen plädierte Kühnert (2019) also für ein kubanisches Modell, wo nach der Revolution die Wohnungen und Wohnhäuser im Grunde per Dekret denen überschrieben wurden, die sie bewohnen. Selbstverständlich steht die sozialistische Wohnfrage vor dem großen Problem der realen räumlichen Klassensegregation im Kapitalismus, der Auseinanderentwicklung von Reichen- und Armenvierteln, Wohlstands- und Armutsregionen, und wie sie damit umgehen will.

Eine weitere wichtige Frage ist die der sozialen Reproduktion. Hier scheint die Hauptfrage an die Gesellschaft zu sein, ob sie die reproduktive, werterhaltende Arbeit wirklich in messbare Einzelschritte – einkaufen, kochen, waschen, putzen, Kinder erziehen, Alte pflegen etc. – zerlegen will, die dann entsprechend als gesellschaftlich notwendige Arbeit entlohnt werden oder ob Sozialismus nicht vielmehr, ganz ähnlich wie im Staatssozialismus, heißen soll, dass der Staat in einem ausfinanzierten

System diese reproduktiven Arbeiten als öffentliche Dienstleistungen (kostenlose Kitas, kostenlose Altenpflege usw.), also als unentgeltliche «Commons» und Grundversorgung, bereitstellt für diejenigen, die sie in Anspruch nehmen wollen. Die Antwort scheint hier auf der Hand zu liegen.

Mobil sein – sehen – warm sein – lernen – schöpfen

Der Mensch lebt aber nicht von Brot, Bedarfsgütern und Behausung allein. Andere Bereiche des gesellschaftlichen Lebens werfen ähnliche Fragen auf. Für die digitale Kommunikation wurden sie bereits genannt; für die Infrastrukturen der Telekommunikation liegen sie auf der Hand. Aber was ist mit der Mobilität? Die Frage wird sein, welche Formen der Mobilität an die Stelle der individuellen Automobilität und die Pseudoalternative der E-Mobilität treten können. Die einfache Antwort ist die des Aus- und Aufbaus eines kostenlosen öffentlichen Personennahverkehrs und der Verlagerung des Güter- und Personentransports von der Straße auf die Schiene. Eine ökologisch nachhaltige Gesellschaft wird ökosozialistisch sein und die Autoindustrie rückbauen müssen. Offen ist dabei jedoch die Frage, wie eine Gesellschaft beispielsweise auf die kapitalistischen Raumproduktionen wie die Suburbanisierung und Exurbanisierung reagieren wird, die sich nach jetzigem Stand der Dinge kaum effizient mit U- und S-Bahnsystemen werden anschließen können.

Die nächste Frage ist die der Energieversorgung. In dieser Hinsicht ökosozialistisch zu denken, heißt wohl, sich auch über Speicherkapazitäten für regenerative Energien Gedanken zu machen, aber zugleich dezentralisierte Energiekonzepte zu nutzen. Auch dieser Bereich dürfte ein Bereich sein, der auf starken kommunalen Selbstverwaltungsstrukturen fußt.

Nicht vom Brot allein leben, meint aber dann vor allem den Bereich Bildung und Kultur: Die Desegregierung der Klassengesellschaft stellt den Sozialismus heute vor allem auch in der Bildungsfrage vor komplizierte Aufgaben. Die in sich spezialisierte Gemeinschaftsschule mag der richtige Ansatz sein, aber die räumliche Auseinanderentwicklung der Stadtviertel wird sozialistische Bildungspolitiker*innen vor große Herausforderungen stellen, sozialistische Ideale zu verwirklichen. Festzustehen scheint jedoch, dass der Sozialismus im Hinblick auf Bildung und Kultur auf robuste Commons setzt, das heißt auf Bildung als ein kostenloses öffentliches Gut und eine breit ausfinanzierte lebendige Kulturproduktion als Springquelle menschlicher Kreativität.

Zu all diesen Fragen gibt es bereits gut fundierte Antworten, auch wenn die Liste der offenen Fragen selbstverständlich lang ist. Aber wie lässt Bertolt Brecht seine Figur des Herrn Keuner einmal so schön sagen: «Ich habe bemerkt […], dass wir viele abschrecken von unserer Lehre dadurch, dass wir auf alles eine Antwort wissen. Könnten wir nicht im Interesse der Propaganda eine Liste der Fragen aufstellen, die uns ganz ungelöst erscheinen?» (Brecht 1967: 382)

Die Bewegung

Grundsätzlich gilt indes eine unumstößliche Wahrheit: Die sozialistische Ordnung, so wie sie in ihrer möglichen allgemeinen Orientierung knapp skizziert worden ist, wird jedoch erst durch eine Bewegung verwirklicht werden, die diese Ordnung im Namen des «Sozialismus» anstrebt. Nicht technologischer Fortschritt wie die Digitalisierung wird den Postkapitalismus quasi durch die gesellschaftliche Hintertür einführen, wie Paul Mason (2018) dies suggeriert (vgl. die Kritik von Fischbach 2017). Die zentrale Frage des Sozialismus im 21. Jahrhundert sind seine Akteure: Wer hat ein objektives Interesse an einer solchen Ordnung und ist damit der natürliche Träger der sozialistischen Bewegung? Welche Bündnisse führen zu einer sozialistischen Politik? Was ist die konkrete Politikwei-

se sozialistischer Parteien? In welchem Verhältnis stehen eine neue Klassenpolitik und eine populare Politik, ein kluger linker Populismus zueinander (Solty 2019b)? Was sind die Etappen des Kampfes für einen Sozialismus im 21. Jahrhundert? Führt ein direkter Weg zum ökologischen Sozialismus oder ist ein solcher Übergang angesichts der Schwäche der gewerkschaftlichen Klassenorganisationen im «Westen» nur über den Umweg eines globalen «Green New Deal» denkbar? Wie ist der Übergang zum Sozialismus zu denken, als die Zerschlagung, als Umbau oder als Zähmung des Kapitalismus oder als eine Kombination, die auf eine Erosion des Kapitalismus hinausläuft, wie es Erik Olin Wright (2019: 40–61) vorschlägt? Ist das alte Revolution/Reform-Schisma der richtige Weg, den Übergang in den Postkapitalismus zu denken, oder geht es um eine Transformation, bei der die Verschiebung von internationalen Kräfteverhältnissen entscheidend ist, die Spielräume eröffnet (Panitch/Gindin 2018: 95)? Was ist der Zeithorizont der sozialistischen Alternative zum globalen Kapitalismus in der Krise? Wie geht die sozialistische Bewegung mit dem Problem um, dass die Notwendigkeit einer sozialistischen Alternative zum Kapitalismus groß, aber der Weg dorthin lang zu sein scheint – zu lang, gemessen an den wenigen Jahren, die der Menschheit bleiben, den Klimawandel wenigstens noch unter Kontrolle zu halten? Was würde – in den Worten des sozialistischen Politikwissenschaftlers Leo Panitch – der Aufbau des Sozialismus in einer Welt bedeuten, die aussieht wie die von «Blade Runner»?

Die Antworten auf die Frage der sozialistischen Bewegung, die Antworten auf die konkrete Gestalt der sozialistischen Ordnung – sie können nur von den Sozialist*innen selbst gegeben werden. Ihre Zahl wird angesichts der Zivilisationskrise, in die der realexistierende Kapitalismus die Menschheit geführt hat, immer größer. Der Sozialismus ist eine objektive Notwendigkeit. Ob er verwirklicht wird, entscheiden die Subjekte selbst.

Literatur

Abendroth, Wolfgang (1954): Zum Begriff des demokratischen und sozialen Rechtstaats im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland, in: ders. (Hrsg.): Gesammelte Schriften, Bd. 2, Hannover 2008, S. 338–357.

Ackermann, Anton (2005): Der deutsche Weg zum Sozialismus, Berlin.

Albo, Greg/Gindin, Sam/Panitch, Leo (2010): In and Out of Crisis, Oakland.

Amin, Samir (1990): Delinking. Towards a Polycentric World, London.

Amin, Samir (2004): The Liberal Virus, New York.

Anderson, Perry (1993): Zum Ende der Geschichte, Berlin.

Apeldoorn, Bastian van (2000): Transnational Class Agency and European Governance. The Case of the European Round Table of Industrialists, in: New Political Economy 2/2000, S. 157–181.

Azarova, Aytalina u. a. (2017): The effect of rapid privatisation on mortality in mono-industrial towns in post-Soviet Russia. A retrospective cohort study, in: The Lancet 5/2017, S. 231–238.

Banchirigah, Sadia Mohammed/Hilson, Gavin (2010): De-agrarianization, re-agrarianization and local economic development, in: Policy Sciences 2/2010, S. 157–180.

Beck, Martin/Stützle, Ingo (Hrsg.) (2018): Die neuen Bonapartisten. Mit Marx den Aufstieg von Trump und Co. verstehen, Berlin.

Bello, Walden (2005): De-Globalisierung, Hamburg.

Bieling, Hans-Jürgen (2006): Europäische Staatlichkeit, in: Bretthauer, Lars u. a. (Hrsg.): Poulantzas lesen, Hamburg, S. 223–239.

Bobbio, Norberto (1994): Rechts und Links. Gründe und Bedeutungen einer politischen Unterscheidung, Berlin.

Brecht, Bertolt (1967): Gesammelte Werke, Bd. 12, Frankfurt a. M.

Brenner, Mark (2009): Too Big to Fail? Take it Over, in: Labor Notes, 20.3.2019, unter: https://labornotes.org/2009/03/too-big-fail-take-it-over.
Brenner, Robert (2002): Boom & Bubble. Die USA in der Weltwirtschaft, Hamburg.
Brie, Michael (1990): Wer ist Eigentümer im Sozialismus?, Berlin.
Bruff, Ian (2014): The Rise of Authoritarian Neoliberalism, in: Rethinking Marxism 1/2014, S. 113–129.
Burns, Conor (2008): Margaret Thatcher's greatest achievement – New Labour, in: Conservative Home Centre Right, 11.4.2008, unter: https://conservativehome.blogs.com/centreright/2008/04/making-history.html.
Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun (2008): Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut. Befunde aus Deutschland, Österreich und der Schweiz, Opladen.
Callinicos, Alex (1991): The Revenge of History. Marxism and the East European Revolutions, University Park, PA.
Callinicos, Alex (2003): Ein Anti-Kapitalistisches Manifest, Hamburg.
Candeias, Mario (2004): Neoliberalismus – Hochtechnologie – Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen Produktions- und Lebensweise, Hamburg.
Candeias, Mario (2018): Den Aufstieg der radikalen Rechten begreifen. Dimensionen einer verallgemeinerten Kultur der Unsicherheit, in: ders. (Hrsg.): Rechtspopulismus, Radikale Rechte, Faschisierung. Bestimmungsversuche, Erklärungsmuster und Gegenstrategien, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Materialien 24, Berlin, S. 33–60, unter: www.rosalux.de/publikation/id/39174/rechtspopulismus-radikale-rechte-faschisierung/.
Candeias, Mario (2019): Aufstieg des globalen Autoritarismus. 19 Thesen zu Ursachen und Bestimmungsmomenten, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Studien, Berlin, unter: www.rosalux.de/publikation/id/40834/aufstieg-des-globalen-autoritarismus/.
Candeias, Mario/Völpel, Eva (2014): Plätze sichern! ReOrganisierung der Linken in der Krise, Hamburg.
Canfora, Luciano (2006): Kurze Geschichte der Demokratie. Von Athen bis zur EU, Köln.
Cockshott, Paul W./Cottrell, Allin (1993): Towards a New Socialism, Nottingham.
Cohen, Gerald A. (2010): Sozialismus, warum nicht?, München.
Dahn, Daniela (2010): Wehe dem Sieger! Ohne Osten kein Westen, Reinbek.
Dahn, Daniela (2019): Der Schnee von gestern ist die Sintflut von heute, Reinbek bei Hamburg.
Dath, Dietmar (2008): Maschinenwinter. Wissen, Technik, Sozialismus, Frankfurt a. M.
Deppe, Frank (2013): Autoritärer Kapitalismus. Demokratie auf dem Prüfstand, Hamburg.
Deppe, Frank/Salomon, David/Solty, Ingar (2011): Imperialismus, Köln.
Ding, Xiaoqin (2019): Die Risiken von Sozialistischer Marktwirtschaft, Staatskapitalismus und neoliberalem Kapitalismus, in: isw-Report Nr. 119, S. 3–8.
Dörre, Klaus (2008): Prekarisierung der Arbeit. Fördert sie einen neuen Autoritarismus?, in: Butterwegge, Christoph/Hentges, Gudrun (Hrsg.): Rechtspopulismus, Arbeitswelt und Armut, Opladen, S. 241–253.
Dörre, Klaus (2019): Neosozialismus oder: Acht Thesen zu einer überfälligen Diskussion, in: ders./Schweickert, Christine (Hrsg.): Neosozialismus. Solidarität, Demokratie und Ökologie vs. Kapitalismus, München, S. 17–32.
Dyer-Witheford/Atle, Nick/Kjosen, Mikkola/Steinhoff, James (2019): Inhuman Power. Artificial Intelligence and the Future of Capitalism, London.
Einstein, Albert (1949): Why Socialism, in: Monthly Review 5/1949, wiederveröffentlicht in: 1/2009, S. 55–61.
MEW – Marx, Karl/Engels, Friedrich: Werke, Berlin 1956 ff.; darin:
Marx, Karl/Friedrich, Engels: Manifest der Kommunistischen Partei [1848], in: MEW, Bd. 4, S. 459–493.

Engels, Friedrich: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft [1891], in: MEW, Bd. 19, Ostberlin, S. 177–228.
Fischbach, Rainer (2017): Die schöne Utopie. Paul Mason, der Postkapitalismus und der Traum vom grenzenlosen Wachstum, Köln.
Fisher, Mark (2013): Kapitalistischer Realismus ohne Alternative?, Hamburg.
Forsthoff, Ernst (Hrsg.) (1968): Rechtsstaatlichkeit und Sozialstaatlichkeit, Darmstadt.
Fried, Erich (1995): Gedichte, München.
Friedman, Milton (2002): Kapitalismus und Freiheit, Frankfurt a. M.
Friedman, Thomas L. (2009): Hot, Flat, and Crowded. Why We Need a Green Revolution – and How It Can Renew America, Toronto u. a.
Fülberth, Georg (2007): Finis Germaniae. Deutsche Geschichte seit 1945, Köln.
Fülberth, Georg (2010): Sozialismus, Köln.
Fukuyama, Francis (1992): The End of History and the Last Man, New York.
Fukuyama, Francis (2011): US democracy has little to teach China, in: Financial Times, 17.1.2011, unter: www.ft.com/cms/s/0/cb6af6e8-2272-11e0-b6a2-00144feab49a.html#axzz1BIHTXYAb.
Fukuyama, Francis (2018): «Socialism ought to come back». Interview mit George Eaton, in: The New Statesman, 17.10.2018, unter: www.newstatesman.com/culture/observations/2018/10/francis-fukuyama-interview-socialism-ought-come-back.
Gallas, Alexander/Nowak, Jörg/Wilde, Florian (Hrsg.) (2012): Politische Streiks im Europa der Krise, Hamburg.
Giddens, Anthony (1997): Jenseits von Links und Rechts, Frankfurt a. M.
Gill, Stephen/Solty, Ingar (2013): Die organischen Krisen des Kapitalismus und die Demokratiefrage, in: Juridikum 1/2013, S. 51–65.
Greenwood, Justin (2017): Interest Representation in the European Union, London.
Harvey, David (1990): The Condition of Postmodernity, Oxford u. a.
Harvey, David (2010): The Enigma of Capital and the Crises of Capitalism, London/New York.
Harvey, David (2017): Marx, Capital and the Madness of Economic Reason, London.
Haug, Frigga (2011): Die Vier-in-einem-Perspektive, Hamburg.
Hayek, Friedrich August (1991): The Fatal Conceit. The Errors of Socialism, Chicago.
Hilferding, Rudolf (2018): Sozialisierung des Wirtschaftslebens, in: Braeg, Dieter/Hoffrogge, Ralf (Hrsg.): Allgemeiner Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands 1918. Stenographische Berichte, Berlin, S. 459–470.
Hobsbawm, Eric (1996): The Age of Extremes. A History of the World, 1914–1991, New York.
Holloway, John (2002): Die Welt verändern, ohne die Macht zu übernehmen, Münster.
Honneth, Axel (2017): Die Idee des Sozialismus, Berlin.
Huffschmid, Jörg (1999): Politische Ökonomie der Finanzmärkte, Hamburg.
Huster, Ernst-Ulrich u. a. (1994): Determinanten der westdeutschen Restauration 1945–1949, Frankfurt a. M.
Klein, Naomi (2008): The Shock Doctrine. The Rise of Disaster Capitalism, Toronto u. a.
Köhler, Otto (2011): Die große Enteignung. Wie die Treuhand eine Volkswirtschaft liquidierte, Berlin.
Kossok, Manfred (2016): Sozialismus in der Peripherie, Berlin.
Kühnert, Kevin (2019): «Was heißt Sozialismus für Sie, Kevin Kühnert?», Interview mit Jochen Bittner u. Tina Hildebrandt, in: Die Zeit, 1.5.2019, unter: www.zeit.de/politik/deutschland/2019-05/kevin-kuehnert-spd-jugendorganisation-sozialismus.
Kühnl, Reinhard (1971): Formen bürgerlicher Herrschaft. Liberalismus – Faschismus, Reinbek.
Kurlantzick, Joshua (2013): Democracy in Retreat. The Revolt of the Middle Class and the Worldwide Decline of Representative Government, Ithaca, NY.

Kushner, Tony (1993): Angels in America. Part One: Millennium Approaches, New York.
Lenin (1916): Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: ders.: Werke, Bd. 16, Ostberlin, S. 189–309.
Losurdo, Domenico (2011): Freiheit als Privileg. Eine Gegengeschichte des Liberalismus, Köln.
Lühr, Thomas (2010): Prekarisierung und Rechtspopulismus. Lohnarbeit und Klassensubjektivität in der Krise, Köln.
Lyotard, Jean-François (1986): Das postmoderne Wissen, Graz u. a.
Mason, Paul (2012): Why It's Kicking Off Everywhere, London/New York.
Mason, Paul (2018): Postkapitalismus. Grundrisse einer kommenden Ökonomie, Berlin.
Mayer, Arno J. (1989): Der Krieg als Kreuzzug. Das Deutsche Reich, Hitlers Wehrmacht und die «Endlösung», Reinbek.
Mazzucato, Mariana (2013): The Entrepreneurial State, London.
McNally, David (2010): The Global Slump: The Economics and Politics of Crisis and Resistance, Oakland.
Menger, Anton (1891): Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag, Stuttgart.
Mises, Ludwig von (1981): Socialism. An Economic and Sociological Analysis, Indianapolis.
Mises, Ludwig von (2006): Liberalismus. Klassiker der Freiheit, Bd. 1, hrsg. von der Friedrich-Naumann-Stiftung, Sankt Augustin.
Monbiot, George (2019): Dare to declare capitalism dead – before it takes us all down with it, in: The Guardian, 25.4.2019, unter: www.theguardian.com/commentisfree/2019/apr/25/capitalism-economic-system-survival-earth.
Morozov, Evgeny (2015): Socialize the Data Centres!, in: New Left Review 1/2015, S. 45–66.
Morozov, Evgeny/Bria, Francesca (2017): Die smarte Stadt neu denken. Wie urbane Technologien demokratisiert werden können, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin, unter: www.rosalux.de/publikation/id/38134/die-smarte-stadt-neu-denken/.
Mouffe, Chantal (2005): On the Political, London/New York.
Mouffe, Chantal (2018): For a Left Populism, London/New York.
Nachtwey, Oliver (2009): Marktsozialdemokratie. Die Transformation von SPD und Labour Party, Wiesbaden.
Neumann, Franz (1986): Demokratischer und autoritärer Staat, Frankfurt a. M.
Novaes, Henrique T./Dagnino, Renato (2011): Arbeiterorganisation in wieder angeeigneten Fabriken, in: LuXemburg 3/2011, S. 88–93, unter: www.zeitschrift-luxemburg.de/lux/wp-content/uploads/2009/09/LUX_1103_03_KOMP.pdf#page=90.
Nuss, Sabine (2019): Keine Enteignung ist auch keine Lösung: Die große Wiederaneignung und das vergiftete Versprechen des Privateigentums, Berlin.
Oberndorfer, Lukas (2013): Vom neuen, über den autoritären, zum progressiven Konstitutionalismus? Pakt(e) für die Wettbewerbsfähigkeit und die europäische Demokratie, in: Juridikum 1/2013, S. 76–86.
Panitch, Leo/Gindin, Sam (2012): The Making of Global Capitalism, London/New York.
Panitch, Leo/Gindin, Sam (2018): The Socialist Challenge Today. Syriza, Sanders, Corbyn, London.
Polanyi, Karl (2001): The Great Transformation. The Political and Economic Origins of Our Time, Boston.
Poulantzas, Nicos (1974): Fascism and Dictatorship, London.
Przeworski, Adam (2019): Crises of Democracy, Cambridge u. a.
Rilling, Rainer (2017): Strongmen, politische Krieger und Empire, in: LuXemburg, Spezial «Weltordnungskonflikte», S. 16–23.
Ringger, Beat (2011): Maßt euch an! Auf dem Weg zu einem offenen Sozialismus, Münster.

Roesler, Jörg (1978): Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR. Aufgaben, Methoden und Ergebnisse der Wirtschaftsplanung in der zentralgeleiteten volkseigenen Industrie während der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus, Berlin.

Röttger, Bernd (2010): Konversion!? Strategieprobleme beim Umbau kapitalistischer Produktion, in: LuXemburg 3/2010, S. 70–79.

Rorty, Richard (1989): Contingency, Irony and Solidarity, Cambridge u. a.

Ryner, Magnus (2015): Europe's ordo-liberal iron cage. Critical political economy, the euro area crisis and its management, in: Journal of European Public Policy 2/2015, S. 275–294.

Sablowski, Thomas (2015): Die Etappenschlappe, in: junge Welt, 18.7.2015, unter: www.jungewelt.de/artikel/268762.die-etappenschlappe.html.

Sachs, Jeffrey (2012): The Price of Civilization, New York.

Sanbonmatsu, John (2004): The Postmodern Prince. Critical Theory, Left Strategy, and the Making of a New Political Subject, New York.

Schmalz, Stefan (2018): Machtverschiebungen im Weltsystem. Der Aufstieg Chinas und die große Krise, Frankfurt a. M./New York.

Schmalz, Stefan/Weinmann, Nico (2013): Gewerkschaftliche Kampfzyklen in Westeuropa. Die Jahre 1968 bis 1973 und seit 2008/09 im Vergleich, Supplement der Zeitschrift Sozialismus 7–8/2013, Hamburg.

Schmidt, Eberhard (1971): Die verhinderte Neuordnung, 1945–1952. Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland, Frankfurt a. M.

Schmidt, Ute/Fichter, Tilman (1978): Der erzwungene Kapitalismus. Klassenkämpfe in den Westzonen, 1945–1948, Westberlin.

Schütrumpf, Jörn/Sonnenberg, Uwe/Solty, Ingar (2019): Wer weitergeht, wird erschossen! Warum die soziale Revolution 1918–19 scheiterte, in: LuXemburg 3/2019, S. 8–15.

Schumpeter, Joseph (1993): Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Tübingen/Basel.

Solty, Ingar (2007): Transformation des deutschen Parteiensystems und europäische historische Verantwortung der Linkspartei, in: Das Argument 3/2007, S. 329–347.

Solty, Ingar (2008): The Historic Significance of the New German Left Party, in: Socialism and Democracy 1/2008, S. 1–34.

Solty, Ingar (2013): Die USA unter Obama. Charismatische Herrschaft, soziale Bewegungen und imperiale Politik in der globalen Krise, Hamburg.

Solty, Ingar (2014): Is the Global Crisis Ending the Marriage between Capitalism and Liberal Democracy?, in: Maximilian Lakitsch (Hrsg.): Political Power Reconsidered: State Power and Civic Activism between Legitimacy and Violence, Peace Report 2013, Wien u. a., S. 161–204.

Solty, Ingar (2015): Ohnmächtiger Antifaschismus und gegenmächtiger Antifaschismus, in: Blickpunkt WiSo, 20.10.2015, unter: www.blickpunkt-wiso.de/post/ohnmaechtiger-antifaschismus-und-gegenmaechtiger-antifaschismus--1682.html.

Solty, Ingar (2016a): Exportweltmeister in Fluchtursachen. Die neue deutsche Außenpolitik, die Krise und linke Alternativen, Berlin.

Solty, Ingar (2016b): Die politische Artikulation der globalen Krise heute. Politische Polarisierung, «dritter Pol», Sanderismus und Corbynismus, in: Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung 3/2016, S. 8–18.

Solty, Ingar (2016c): Sanders' Sozialismus, in: analyse & kritik 613, 16.2.2016, S. 1.

Solty, Ingar (2018a): Rechtsautoritärer Nationalismus oder autoritär-imperialer Neoliberalismus? Die USA unter Donald Trump im globalen Beggar-thy-neighbor-Kapitalismus, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 2/2018, S. 199–223.